Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3,40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 61 | Halver, Mittwoch, 12. März 1952 | 1952

Mit 293 gegen 101 Stimmen

Regierung Pinay hat das Vertrauen

Keine Preiserhöhung gestattet — Scharfe Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Gaullisten

dmt. Paris, 11. März

Ein direktes Vertrauensvotum gab die französische Nationalversammlung am Dienstagnachmittag dem neuen Kabinett Pinay mit 293 gegen 101 Stimmen, als sie bei Stimmenthaltung der Gaullisten und Sozialisten mehrere Anträge der Kommunisten ablehnte, die eine sofortige Diskussion über die Zusammensetzung der neuen Regierung verlangt hatten.

In der Sitzung beantragte Ministerpräsident Pinay, die drei kommunistischen Interpellationen zu vertagen. Im weiteren Verlauf der Sitzung begründete er sein Regierungsprogramm, das zunächst in die Preisgestaltung eingreifen will. Die Preise und Tarife, die vom Staat festgesetzt werden, so sagte er, würden mit äußerster Strenge eingehalten werden. Seine Regierung würde alle Anträge auf Preiserhöhung ablehnen, auch die vorgesehene Erhöhung der Elektrizitätstarife. Die bereits vom Parlament gebilligte „gleitende Lohnskala" müsse, so verlangte es die Regierung, sofort vom Rat der Republik diskutiert werden.

Pinay kündigte ferner an, daß ein besonderer Ausschuß sofort über eine Verfassungsreform beraten werde. Im Anschluß an Pinay sprach der gaullistische Abgeordnete Soustelle. Die ersten Lärmszenen gab es, als er sagte, Pinay wolle Frankreich zu einem Satellitenstaat machen. Nachdem ein anhaltendes Pultdeckelklappen der Kommunisten die Unterbrechung der Sitzung notwendig gemacht hatte, kritisierte Soustelle vor allem die angekündigte Außenpolitik der Regierung und die weitere Tätigkeit Schumans im Außenministerium.

Kroupa entwischt

dpa. München, 11. März

Ueberraschung und Bestürzung löste am Dienstag im bayerischen Landtag die Mitteilung des bayerischen Innenministers aus, daß der des mehrfachen Mordes an Deutschen beschuldigte Tscheche Franticek Kroupa aus der Bundesrepublik geflohen ist. Kroupa, der „Henker von Joachimsthal" sollte Anfang Februar wegen falscher Papiere festgenommen und dem deutschen Richter vorgeführt werden. An diesem Tage wurde seine Flucht festgestellt.

Wie Dr. Hoegner noch mitteilte, ist das Bundeskriminalamt kürzlich von französischen Stellen informiert worden, daß ein am 8. Februar in Frankreich wegen illegalen Grenzübertritts Festgenommener identisch mit Kroupa sei. Der amerikanische Landeskommissar für Bayern, Prof. Hale, hatte wiederholt versichert, Kroupa werde überwacht und werde auch keine Ausreisepapiere erhalten.

Staatsbesuch Gottwalds bei Pieck

Er wohnt im Prominentenviertel — 15 Minister und Funktionäre als Begleitung

dpa. Berlin, 11. März

Der tschechoslowakische Staatspräsident Gottwald, der zu einem Staatsbesuch in der Ostzone weilt, war am Dienstagnachmittag mit seiner Gattin beim Staatspräsidenten Wilhelm Pieck auf Schloß Niederschönhausen eingeladen. Vor dem Schloß war eine Ehrenkompanie der Volkspolizei aufmarschiert.

Gottwald ist während seines mehrtägigen Besuches nicht in einem der staatlichen Gästehäuser in Ostberlin untergebracht, sondern wohnt in dem abgesperrten Prominentenviertel Niederschönhausen, desgleichen die ihn begleitenden 15 führenden Staats- und Parteifunktionäre, darunter fünf Minister.

Zum Empfang Gottwalds waren bereits am Morgen zwei Stunden vor der Ankunft mehrere hundert Angehörige der Massenorganisationen auf Lastwagen zum Bahnhof transportiert worden, die den Gast mit Hochrufen feierten, während Ministerpräsident Grotewohl den Gast mit einer Ansprache begrüßte. „Ihr Besuch, Genosse Präsident", so sagte er, „ist eine Ermunterung für alle friedliebendes und fortschrittlichen Menschen Deutschlands und der ganzen Deutschen Demokratischen Republik."

Düsseldorfer Weißbuch zur Umsiedlung

dpa. Düsseldorf, 11. März

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Arnold, hat der Oeffentlichkeit ein Weißbuch zur Umsiedlung übergeben, in dem das Land Vorwürfe wegen der ungenügenden Aufnahme von Heimatvertriebenen zurückweist. Die Denkschrift schlägt einen „zusätzlichen Umsiedlungs-Wohnungsbau" vor, dessen Kosten aus einem „zentralen Fonds" aufzubringen seien. Ein Vertriebener dürfe nur dann umgesiedelt werden, wenn eine neue Wohnung bezugsfertig sei.

Zur Rechtfertigung wird darauf hingewiesen, daß die 90 000 Vertriebenen, die Nordrhein-Westfalen bisher aufgenommen hat, eine einwandfreie Wohnung und bis auf geringfügige Ausnahmen einen Arbeitsplatz erhielten. Für sie seien 18 635 Wohnungen bereitgestellt worden. Das Weißbuch erwähnt, daß die natürliche Zuwanderung nach Nordrhein-Westfalen weitaus stärker sei als die gelenkte. In den letzten drei Jahren habe die Bevölkerung des Landes um rund eine Million Menschen zugenommen.

Bonn: Sowjetnote keine Verhandlungsgrundlage

Moskau will Einigung Europas verhindern - Euler (FDP): Ein diskutabel erscheinender Vorschlag

wl. Bonn, 11. März

Die sowjetische Note an die Westmächte über den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland hat in Bonn eine durchweg negative Aufnahme gefunden. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat den Inhalt der Sowjetnote bereits wenige Stunden nach ihrem Bekanntwerden mit den alliierten Hohen Kommissaren eingehend erörtert. Wie uns von alliierter Seite mitgeteilt wurde, pflichtet man dort im allgemeinen der deutschen Auffassung bei, daß zunächst einwandfreie politische Verhältnisse in ganz Deutschland geschaffen werden müssen, bevor an eine Friedensvertragsregelung gedacht werden kann. Auf neue Verzögerungsmanöver der Sowjets werde sich keine der alliierten Regierungen einlassen. Staatssekretär Hallstein, der sich zurzeit in Washington befindet, wird die Note mit Außenminister Acheson und dem Leiter der Deutschland-Abteilung im State-Department, Byroade, erörtern und über den amerikanischen Standpunkt nach Bonn berichten.

Die Bundesregierung ließ durch Bundespressechef von Eckardt erklären, sie sehe in den sowjetischen Vorschlägen keine Grundlage für Verhandlungen über einen Friedensvertrag. Die Note gehe auf das alte sowjetische Ziel aus, die Einigung Europas zu verhindern und stattdessen ein Vakuum zu schaffen, das von der militärisch haushoch überlegenen Sowjetunion jederzeit ausgefüllt werden könnte. Westdeutschland solle aus der Verteidigungsgemeinschaft der freien Welt „ausgeklammert" werden, um auf diese Weise eine Verteidigung Westeuropas überhaupt von vornherein unmöglich zu machen.

Als unklar bezeichnete von Eckardt die sowjetischen Formulierungen über die deutschen Ostgrenzen. Wenn in der Note davon die Rede sei, Deutschland solle die im Potsdamer Abkommen niedergelegten Grenzen erhalten, so sei nicht klar, welche Absichten die Sowjetunion mit den Gebieten östlich der Oder und Neiße habe. Das Potsdamer Abkommen habe diese Gebiete ausdrücklich nur unter „fremde Verwaltung" gestellt, ihre endgültige Zugehörigkeit aber der Regelung in einem Friedensvertrag vorbehalten. Die Bundesregierung werde nie und nimmer einer Aufgabe dieser Gebiete zustimmen, auch dann nicht, wenn sich diese oder jene westliche Macht für eine Uebertragung an Polen aussprechen sollte.

Der Gipfel der sowjetischen Unaufrichtigkeit liege in der Zubilligung „nationaler Streitkräfte" für Deutschland, soweit sie für die Verteidigung notwendig seien. Es handele sich nach Auffassung des Bundeskabinettes hier nur um ein scheinbares Zugeständnis, das keinerlei praktische Bedeutung habe. Die Bundesregierung sei davon überzeugt, daß die Sowjetunion niemals der Aufstellung ausreichend starker deutscher Streitkräfte zustimmen werde. v. Eckardt erklärte weiter, typisch für die Unaufrichtigkeit der sowjetischen Note sei das absolute Fehlen von Anhaltspunkten für die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland.

Im auffallenden Gegensatz

zu dieser offiziellen Version erklärte der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der FDP, Euler, wörtlich: „Zum ersten Mal tritt die Sowjetunion mit einem als diskutabel erscheinenden Vorschlag hervor." Euler fügte allerdings einschränkend hinzu, die von den Sowjets vorgesehene unmittelbare Beteiligung Deutschlands an den Friedensverhandlungen in Gestalt einer gesamtdeutschen Regierung setze gesamtdeutsche Wahlen in voller demokratischer Freiheit voraus. Eine grundlegende Veränderung der politischen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone müsse deshalb von Moskau zugestanden werden.

Die gleiche Auffassung vertritt auch die SPD, die in einem Kommuniqué erklären ließ, ein deutscher Friedensvertrag sei nur möglich, wenn vorher die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland unter internationaler Kontrolle und damit die Bildung einer demokratischen deutschen Regierung sichergestellt sei. Im übrigen sieht die SPD in der Sowjetnote den Beginn einer neuen Phase der diplomatischen Offensive der Sowjetunion in der deutschen Politik.

Schütze X verliert drei Kugeln — was nun?

Wer Soldat war, weiß noch, wie es beim Uebungsschießen auf dem Schießstand zugegangen ist. Er erinnert sich auch an das Buch, das von einem Oberschützen oder einem Gefreiten geführt wurde, und in das jeder Schuß gewissenhaft eingetragen worden ist. Schießkladde nannte man es. Die Buchführung mußte stimmen und am Ende der Uebung wurde der Munitionsbestand gewissenhaft abgezählt. Draußen im Feld war man dann großzügiger, aber dort hatte man auch andere Sorgen.

Auch unsere Grenzschutzpolizei geht zum Uebungsschießen. Auch dort wird eine Schießkladde geführt. Das ist so üblich und außerdem zweckmäßig. Denn immerhin hat man es dabei nicht mit Knallerbsen, sondern mit scharfen Patronen zu tun, die nicht in falsche Hände kommen dürfen. So ist es auch weiter nicht verwunderlich, daß sich plötzlich das Militärische Sicherheitsamt der Alliierten für den Munitionsverbrauch der Grenzschutzpolizei interessiert. Schließlich sind wir ja immer noch entmilitarisiert, und die Bestimmungen von Paragraph 104 gelten noch.

Aber man schüttelte in den Schreibstuben der Grenzpolizei-Kasernen doch ein wenig den Kopf über die Methoden, die das Sicherheitsamt hier an den Tag legt. Natürlich handelt es sich um Fragebogen in mehrfacher Ausfertigung. Munitionsbestand insgesamt, verbraucht beim Uebungsschießen, verbraucht im Einsatz, Versager, sonstige Patronenverluste.

Mit anderen Worten: die Patronenbestandsmeldung an das Sicherheitsamt ist eine umständliche und zeitraubende Schreibarbeit, mit der sich mehrere Personen laufend beschäftigen müssen. Da die Meldung den Dienstweg durchläuft, wandern diese Fragebögen durch eine Anzahl von Schreibstuben. Am meisten Mühe macht der Nachweis der verlorenen Patronen. Aber gerade hierauf legt das Militärische Sicherheitsamt gesteigerten Wert.

Und noch etwas ist verwunderlich bei dieser Bogenfragerei. Sie setzt zu einem Zeitpunkt ein, da man sich auf internationaler Ebene mit einer deutschen Wiederbewaffnung bemüht, zu einer Zeit, da man Deutschland 300 000 Soldaten zugestehen möchte. Diese 300 000 Mann verschießen an einem Vormittag etwa 3 Millionen Patronen. Sollen hierüber auch noch Munitionsverbrauchs-Fragebögen an das Militärische Sicherheitsamt ausgefüllt werden? (PvB)

Moskau überraschte

Wenn auch die bisherigen Vorstöße der Ostzonenregierung, die in ihren Appellen von den Alliierten einen Friedensvertrag mit Deutschland forderte, den Inszenator Moskau unschwer erkennen ließen, so hat die sowjetische Note doch alle Welt überrascht. Ueberrascht deshalb, weil in ihr, was Deutschland angeht, zum ersten Mal Punkt für Punkt konkrete Vorschläge unterbreitet werden. Ueber die Absichten, die hinter dem Moskauer Angebot stehen, ist kaum ein Zweifel möglich, ja, man kann es dem Kreml noch nicht einmal verdenken, daß er jede Möglichkeit in Erwägung zieht, die ersichtliche Stärkung der westlichen Position zu absorbieren. Vor allem steht hinter dem Memorandum der Versuch, Zeit zu gewinnen, die deutsche Remilitarisierung unter dem Vorzeichen der Europa-Armee hinauszuzögern und den ganzen Einbau der Deutschen Bundesrepublik in die europäische und atlantische Front vorerst zu verhindern.

Auch die sowjetische Note unterstreicht damit, daß Deutschland durch seine Lage im Herzen Europas ein politischer Faktor bleibt, wenn es vorerst — sehr gegen unseren Willen — auch nur als Objekt der internationalen Politik erscheint. Klar ist auch, daß das Memorandum, wenn auch an die westlichen Hauptstädte gerichtet, nicht zuletzt die Bevölkerung in der Bundesrepublik ansprechen soll. In den Außenministerien von Washington, Paris und London ist man sehr mißtrauisch gegen sowjetische Vorschläge geworden — in Bonn ist man es auch. Wenn der neue Pressechef von Eckardt von einem „aufgewärmten Trick" sprach, so hat er zweifelsohne die Meinung des Kanzlers damit kundgetan. Was die Bundesregierung an dem Moskauer Friedensprogramm für Deutschland bemängelt, ist absolut richtig. Es fehlt noch eine gesamtdeutsche Regierung, die aus freien Wahlen hervorzugehen und die am Verhandlungstisch zu erscheinen hätte. Es fehlt vor allem aber eine Erklärung, was mit dem deutschen Land jenseits der Oder-Neiße passieren soll. Die „Potsdamer Grundlage" ist dunkel in ihren Auslegungen, wie wir inzwischen hinreichend durch die divergierenden alliierten Auffassungen erlebt haben.

Die Note hat ihre Stärken und Schwächen. Ihre Stärke liegt hauptsächlich in ihrer propagandistischen Wirkung auf das deutsche Volk. Aber dort liegt auch der Angriffspunkt, denn bei Versprechen kann deren Erfüllung gefordert werden. Die Reaktion in der Bundesrepublik wird in diese Richtung gehen, denn wir sind es letzten Endes müde, immer wieder die Suppe auslöffeln zu müssen, die schlechte Köche in Jalta und Potsdam für uns gekocht haben. Gesamtdeutschland — das sollten alle Alliierten wissen — liegt zwischen Ost und West, nur seine Teile sind mit den Schicksalen der heute getrennten Sieger verflochten.

Wir Deutsche sind kaum in der Lage, zu prüfen, ob die Friedenshand ehrlich ist, die sich uns aus Moskau entgegenstreckt, wir sind nicht einmal dazu befugt. Die westlichen Regierungen haben aber erklärt, daß sie die Note sehr sorgfältig studieren würden. London hat bereits eine gemeinsame Stellungnahme vorgeschlagen. Es ist für die westlichen Diplomaten gewiß keine leichte Aufgabe, aus dem Strauß propagandistischer Angebote die realen Möglichkeiten herauszufinden. Aber gerade um diese realen Möglichkeiten geht es uns Deutschen, denn wir können nicht in alle Ewigkeit dem Spiel zusehen, daß alle Angebote, die zur Klärung der deutschen Situation führen könnten, die überhaupt die Möglichkeit einer Wiedervereinigung in sich vermuten lassen, aus „höherer politischer Weisheit" ad acta gelegt werden. Mit dem siebenjährigen Aufgespaltetsein haben wir zur Genüge gebüßt und gezahlt.

Selbst ein „aufgewärmter Trick" sollte die Alliierten vor lauter Mißtrauen nicht blind werden lassen. Es wird von den westlichen Regierungen nicht verlangt, ihre Koordinierung oder gar ihre Rüstung abzustoppen. Auch die Vollendung des Generalvertrages und die sich daraus ergebende politische und militärische Bindung Westdeutschlands braucht nicht gefährdet zu sein. Wenn man uns Deutsche aber fragen sollte, ob auf Grund des sowjetischen Memorandums verhandelt werden soll, dann müßten wir auf jeden Fall Ja sagen.

Karl A. F. Günther

UNO-Kommission an Tschuikow

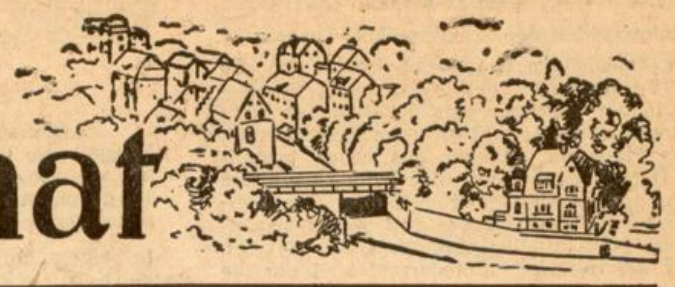
dmt. Genf, 11. März

Die UNO-Kommission für die gesamtdeutschen Wahlen hat an General Tschuikow erneut ein Schreiben gerichtet, in dem sie eine Antwort auf ihr Schreiben vom 22. Februar anmahnt. Die Kommission wünsche, so heißt es in dem Schreiben, mit den sowjetischen Behörden die notwendigen Maßnahmen zu besprechen, desgleichen mit Behörden Ostberlins. Die Kommission ersuchte Tschuikow, bis zum Freitag 12 Uhr mittags, dieses Schreiben zu beantworten.

15 von 56 Dieselmotoren, die Kanada aus Großbritannien bezog, enthielten Schleifmittel, die die Motoren nach kurzer Zeit unbrauchbar machten. Die Maschinen waren für kanadische Radarstadionen bestimmt.



Seite der Heimat



Halver, den 12. März 1952

Brief an den Jungen

Mein lieber Jung, der Winter vergeht,
Der Frühling ist heimlich gekommen.
Mein lieber Junge, ganz gleich, wo man geht,
Ganz gleich, was über dem Tagewerk steht,
Ist mir meine Ruhe genommen.
Ich höre Menschen in nahendem Schritt,
Ich eile zum Pförtchen im Garten.
Dann schließ' ich's wieder, denn du kamst nicht mit,
Die Heimkehrer schweigen, verhallt ist ihr Schritt.
Mich martert zu Tode das Warten.

Ich pflückte gestern im Birkenwald Grün,
Ich schmückte dein Bildnis wie immer,
Die gelben Priemeln, im ersten Erblüh'n,
Sind nun wie die Sterne dazwischen und glüh'n,
Jetzt duftet's nach Ostern im Zimmer.
Die Amsel flötet im Ahorn zur Nacht,
Du hörtest es immer so gerne.
In Andacht habe ich Stunden verbracht
Und hab' an dich nur, mein Junge gedacht,
Und gab meine Grüße der Ferne.

Ich stehe am Fenster und suche Ruh,
Mich tröstet des Wildbaches Rauschen,
Ein Käuzchen ruft aus den Tannen dazu,
Wir tragen Sehnsucht im Herzen, wie du — —
So komme doch heim, um zu lauschen!

Karl-August Vogt

Halver

Vorher Nachricht geben!

An dem Wasserleitungsnetz in der Frankfurter Straße wurden Reparaturarbeiten erforderlich. Selbstverständlich sind solche Schäden umgehend zu beheben. So wie es aber in diesem Falle gemacht wurde, geht es nicht immer. Genau während der Mittagsstunden wurde die Sperrung vorgenommen, und auch hiergegen wäre noch nichts einzuwenden, wenn man den Anliegern vorher Nachricht von der zu ergreifenden Maßnahme gegeben hätte. In Zukunft sollte man dieses doch tun, denn es ist wohl recht unangenehm, wenn ausgerechnet in den Mittagsstunden kein Wasser abgezapft werden kann.

Wo liegt noch Sprengmaterial?

Die Kreispolizei gibt bekannt:
Das Bomben- und Sprengräumkommando des RB Arnsberg arbeitet z. Z. im Kreisgebiet Altena. Jeder, dem das Vorhandensein von Sprengmaterial und Explosivkörpern der früheren deutschen Wehrmacht oder der Besatzungsmächte bekannt ist, wird gebeten, dieses umgehend der nächsten Polizeistation bzw. Polizeiposten anzuzeigen.

In Urlaub fahren durch Reisesparen!

Wie ein Ehepaar mit zwei Kindern trotz beschränkter Mittel und ohne Totogewinn doch zu einer erholsamen Urlaubsreise an die See, ins Gebirge oder nach einem sonstigen reizvollen Ferienort kommen kann? Das ist eine Preisfrage (im doppelten Sinne), gewiß. Aber wie die Lösung ist, das verrät eine Werbeschrift, die die Gemeinschaft für Sozialtouristik und Reisesparen (GESOREI) herausgegeben hat. Sieben mehrfarbige Bilder mit lustigen Versen machen diesen Prospekt zu einem Bilderbuch, das man mit Vergnügen liest und das vielen die Möglichkeit zeigt, langgehegte Urlaubspläne verwirklichen zu können. Die Werbeschrift ist bei den Fahrkartenausgaben der wichtigsten Bahnhöfe der Bundesbahn, bei sämtlichen DER-Vertretungen und bei allen übrigen der GESOREI angeschlossenen Reisebüros erhältlich.

Der nächste orthopädische Sprechtag

für den Monat März wird am 14. 3. 52 im Stadthaus Lüdenscheid, Luisenstraße 3, abgehalten.

Schwenke

Unglaubliche Frechheit

Ein „Husarenstück" leisteten sich dieser Tage unbekannte Täter in dem Bethaus der Freien ev. Gemeinde in der Bever. Während dort die Gemeindemitglieder zu einem Gottesdienst weilten, haben Unbekannte die Kleiderablage in einem Vorraum des Betsaales aufgesucht und hier einige Kleidungsstücke der Gottesdienstbesucher entwendet. So wurde u. a. das Fehlen eines Mantels und einer Herrenjacke festgestellt. Leider konnten die Uebeltäter noch nicht erwischt werden. Nunmehr ist von der Freien Gemeinde bei der Polizei eine Anzeige erstattet worden und es wäre nur zu wünschen, daß es dieser bald gelingt den unverschämten Burschen das Handwerk zu legen.

Was kann man dagegen tun?

Rundfunkstörungen in Halver und ihre Beseitigung

Wie man die Art der Störung feststellt - Störungsstelle der Bundespost in Lüdenscheid ist schriftlich zu benachrichtigen

In letzter Zeit werden immer mehr Stimmen laut, die sich darüber beschweren, daß durch Rundfunkstörer in Halver der Empfang der einzelnen Programme keine rechte Freude mehr macht. Vielfach suchen die Rundfunkhörer in solchen Fällen den Fachmann auf und bitten ihn, ihr Gerät zu überprüfen. Leider muß die Antwort meistens lauten: „Ihr Gerät ist einwandfrei in Ordnung, es handelt sich um elektrische Störungen."

Elektrische Störungen entstehen überall dort, wo der Stromkreislauf unterbrochen und geschlossen wird. Diese Störungen können sich nun auf mehreren Wegen in ihr Gerät einschleichen. In den meisten Fällen geht dieser Weg über die Antenne. Hierbei läßt sich am Empfangsort nun leider sehr wenig dagegen tun. Die einzige Abhilfe, die jedoch auch nicht in jedem Fall zum Erfolg führt, ist eine abgeschirmte Antenne. In besonders hartnäckigen Fällen lassen sich die Störungen nur abschwächen, jedoch nicht ganz beseitigen. Außerdem ist eine solche Anlage mit erheblichen Kosten verbunden.

Wie können Sie nun feststellen, ob diese Art der Störungen bei Ihrem Rundfunkempfänger vorhanden ist? Wenn Sie die Antenne und Erde aus dem Gerät entfernen, müssen die Störungen mit dem Empfang wegfallen. Sollte der Uebelstand jedoch bleiben, so kommen die Störungen durch das Lichtnetz herein. In solchen Fällen beschaffen Sie sich von Ihrem Fachmann einen Störschutz, den Sie in die Netzleitung einfügen können. Leider ist dieser Fall jedoch nur sehr selten, und es kann hierbei nur davor gewarnt werden, die in einigen Illustrierten und Rundfunk-Zeitungen angebotenen Störschutze zu erwerben. In einigen Fällen ist auch eine schlechte Erdleitung Schuld an den Störungen. Das ist schnell festzustellen, wenn Sie n u r Ihre Erde in die dafür vorgesehene Buchse stecken. Treten hierbei Störungen auf, die bei bloßem Anschluß des Gerätes nicht vorhanden waren, so dürfte der Fehler hier zu suchen sein. Auch in diesem Fall ist eine Rücksprache mit Ihrem Händler zu empfehlen.

Was kann nun getan werden, wenn Sie selbst keine Abhilfe schaffen können? Zunächst können Sie die Störungsstelle der Deutschen Bundespost in Lüdenscheid benachrichtigen. Diese Benachrichtigung muß schriftlich erfolgen. Außerdem können Sie sich im Haus und in der Nachbarschaft zusammenschließen und regelmäßige Beobachtungen über das Auftreten der Störungen anstellen. Durch Austausch der gemachten Erfahrungen läßt sich der Störer in vielen Fällen leicht einkreisen. Wenn das geschehen ist, so sollte man den meist unwissenden Verursacher dieser Störungen höflich bitten, für eine Beseitigung der Störungen Sorge zu tragen.

Wenn Sie selbst elektrische Geräte betreiben, so machen Sie sich doch einmal die Mühe, diese einzeln nacheinander während des Rundfunkempfangs in Betrieb zu setzen und festzustellen, ob eines Ihrer Geräte ein Rundfunkstörer ist. Wenn alle Rundfunkhörer in Halver auf diese Art zusammenarbeiten und ernstlich bemüht sind, so wird es bestimmt bald möglich sein, die Rundfunkstörungen in Halver wesentlich herabzusetzen.

An die Rundfunk-Entstörungsstelle der Deutschen Bundespost sei hiermit die Bitte gerichtet, bei diesem Unternehmen soweit als möglich behilflich zu sein.

Denkt beim Kauf eines

Rundfunkgerätes

an den *Kundendienst*

und die *laufende Beratung*

Bald ist die schöne Gelegenheit vorbei

In Oeckinghausen macht es Spaß

Am Donnerstag nächster Woche rollt der Beratungsdienst für ländliche Hauswirtschaft einem neuen Ziele zu

Vor dem Gasthaus zum Deutschen Eck in Oeckinghausen stehen sie jetzt, die beiden hellblauen Großraumwagen, auf denen mit großen Lettern zu lesen steht: Beratungsdienst für ländliche Hauswirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen. Als der Saal hier frei wurde, siedelten sie von Ehringhausen, wo wir sie schon einmal besucht hatten, nach Oeckinghausen über, um nun hier den Halverschen Landfrauen und ebenso der Landjugend helfend und ratend zur Seite zu stehen.

Gerade ist es Mittagszeit, als wir hier hereinschneien — auf einen Sprung sozusagen — um zu sehen, wie die Beratung hier nun weiterläuft. Um einen langen Tisch inmitten des Saales sitzt eine muntere Mädchenschar und beschäftigt sich angelegentlich mit den eßbaren Dingen, die aufgetragen sind. Die Frage, ob es schmeckt, ist eigentlich überflüssig — man sieht es an dem Zuspruch. Aber es wird auch noch ausdrücklich bestätigt.

Kein Wunder übrigens, wie ich mir hinterher erzählen lasse — denn die kleinen Köchinnen selbst sind es, die hier um den großen Tisch sitzen. Es sind, so erzählt mir Fräulein V o g l e r vom Beratungsdienst, die Mädchen vom 7. und 8. Schuljahr der Heesfelder Schule, die gerade hier einen Kochvormittag verbracht haben. Ein neugieriger Blick sagt mir, was die kleinen angehenden Hausfrauen unter der fachmännischen Leitung des Beratungsdienstes in diesen Vormittagsstunden zusammengebraut haben: Wirsing, Speck-Eierkuchen und Schokoladen-Flammeri. Es sieht entschieden lecker aus!

Nur noch bis zum Donnerstag der kommenden Woche wird hier, wie ich erfahre, diese schöne Fortbildungsmöglichkeit bestehen. Dann verschwindet all das Aufgebaute wieder in den langgestreckten Wagen, und diese rollen weiter gen W i b l i n g w e r d e, wo bereits am Samstag darauf wieder die Eröffnung sein soll.

Inzwischen gibt es aber hier in Oeckinghausen noch vielerlei zu lernen und zu erproben — für alt und jung, für die Landfrau und die Landjugend. Da wird z. B. im Betrieb Jung, Carthausen, heute eine Melkmaschine vorgeführt, da werden Eintopfgerichte gekocht, Kartoffeln einmal anders, da wird nach Grundrezepten gebacken, genäht und zugeschnitten, da werden Nachwuchsfragen in der bäuerlichen Geflügelhaltung, Fragen des bäuerlichen Gartenbaues besprochen.

Da wurde z. B. gestern auf der Karlshöhe ein weiterer Landjugendabend veranstaltet. Ein Lichtbildervortrag „Ostdeutschland und wir" wurde gehalten, der die Landwirtschaft in Mittel- und Ostdeutschland, Flüchtlingsfragen, die Oder-Neiße-Grenze und Lichtbilder aus dem deutschen Osten zeigte — denn, so sagte mir Fräulein Vogler, all das geht auch uns an. Dazu gab es frohe Lieder, Rätselgeschichten und manches mehr.

Das ist aber noch lange nicht alles, was der Beratungsdienst in Oeckinghausen zu bieten hat. Da gibt es Vergleichskochen mit Strom und Propangas, Säuglingspflege, einen Lichtbildervortrag über Arbeitserleichterungen im Landhaushalt. Unter Anleitung basteln die Mädchen allerlei österlichen Schmuck, die Jungen Schubladen-Unterteile, Schuhputzkästen und was es sonst an Praktischem gibt. Auch die Landwirtschaftsklasse der Berufsschule ist zu Gast. Und am Samstagnachmittag schließlich gibt es ein großes Backfest.

Zu all diesem bietet sich in Oeckinghausen noch bis zum Donnerstag der kommenden Woche die Gelegenheit.

Dr. Weg-

Englische Gäste kommen nach Halver

Unsere Jungen wollen sie mitbringen

Am Donnerstagabend fahren 10 Knaben der Realschule Halver unter Führung von Frau Kleinhuis nach England, um dort bis Mitte April auf Einladung einer englischen Mittelschule in Sowerby Bridge (19 000 Einwohner) in englischen Familien untergebracht zu werden. Die Fahrt geht über Köln—Aachen—Brüssel—Ostende — Dover nach London, wo die Gruppe bis Montag im Heim des deutschen YMCA Wohnung nimmt. In Sowerby-Bridge, zwischen Manchester und Halifax gelegen, werden die Jungen mit ihren englischen Altersgenossen die Boys School besuchen und am Leben der Familien teilnehmen. Am 11. April wollen sie mit 6 Erwachsenen und 20 englischen Knaben wieder zurückkehren. Ueber Ostern sind die Engländer Gäste in unserer Schulgemeinde, um am 16. April nach Lüdenscheid zu einer Jugendherbergswoche weiterzureisen.

Das rollende Filmband

Lichtspiele Karlshöhe

Der Pulsschlag der Weltstadt New York ist in jedem Meter des Films „I m T a u m e l d e r W e l t s t a d t" spürbar, den der durch die „Schlangengrube" für seine Realistik bekannte Meisterregisseur Anatole Litvak selten eindrucksstark und lebensnah inszenierte. Der Film erzählt die Geschichte zweier junger Menschen (dargestellt von James Cagney und Ann Sheridan), deren Leben anfänglich wie das eines jeden New Yorker Durchschnittsbürgers verläuft, die jedoch versuchen, aus dieser Welt herauszukommen. — Der Film „D e r V e r d a m m t e d e r I n s e l" bringt die abenteuerliche Geschichte eines Gescheiterten und Verdammten, an dem sich das Schicksal mit eherner Gesetzmäßigkeit vollzieht. Sie ist eingebettet in alle Haß- und Liebesgluten der Tropen, durchflutet von einem Strom untergründiger Leidenschaften, durchbrochen und unterminiert vom Labyrinth menschlicher Irrungen. Ein Ausgestoßener, der sich vermißt, die unüberschreitbare Grenze zwischen Weißen und Malaien dennoch zu übertreten, büßt seinen Verrat. Unter der Glut einer harten, mitleidlosen Sonne wird er zu einem Leben verurteilt, aus dem der Tod die Erlösung sein wird.

Bis zum Kreiskrankenhaus

Fahrplanverbesserung der „Mark-Sauerland"

Einem vielfach geäußerten Wunsche der Bevölkerung entsprechend, hat sich „Mark-Sauerland" bereit erklärt, ab 10. März je eine Omnibus-Linie von Halver und Meinerzhagen über Lüdenscheid hinaus zum Kreiskrankenhaus Hellersen zu führen. Hierdurch haben Patienten, die zur ambulanten Behandlung das Kreiskrankenhaus aufsuchen wollen, Gelegenheit, ohne umzusteigen bis zum Krankenhaus durchzufahren. Es handelt sich um folgende Omnibusse:

ab	Radevormwald	8,00 Uhr
ab	Halver (KAE-Bahnhof)	8,31 Uhr
an	Lüdenscheid	9,05 Uhr
an	Hellersen	9,18 Uhr
ab	Meinerzhagen	6,47 Uhr
ab	Kierspe	6,54 Uhr
an	Lüdenscheid	7,37 Uhr
an	Hellersen	7,50 Uhr

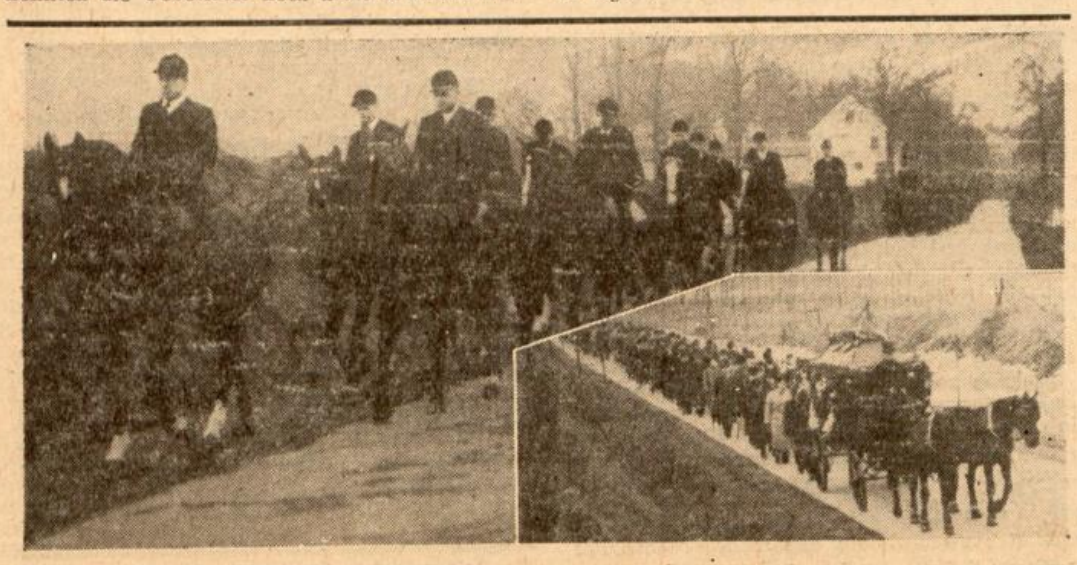
Ist er der Täter von Schmidtsiepen?

Wichtige Zeugen gesucht — Wer saß im Dreiradlieferwagen?

Wir berichteten bereits ausführlich von dem Raubüberfall in Schmidtsiepen, bei dem eine 58jährige Frau von einem Unbekannten überfallen, mißhandelt und beraubt worden ist. Der hiesigen Polizei gelang es nunmehr, einen jungen Mann aus dem Rheinland festzunehmen, der sich zur Tatzeit an der Ueberfallstelle aufgehalten hat und vermutlich als Täter in Frage kommt.

In diesem Zusammenhang werden von der Halverschen Kriminalpolizei weitere Zeugen gesucht. Kurz bevor die alte Frau in Schmidtsiepen überfallen worden ist, sollen sich ein Mann und eine Frau, die aus Richtung Halver kamen, in Richtung Schmidtsiepen begeben haben. Außerdem soll etwa zur Tatzeit ein Dreiradlieferwagen die Straße Oberbrügge—Halver passiert haben. Nach einwandfreien Zeugenaussagen zu urteilen, müssen die Insassen dieses Fahrzeuges, es soll sich um einen Mann und eine Frau gehandelt haben, in der Nähe des Tatortes einen jungen Mann gesehen haben. Da es sich bei dem erwähnten Fahrzeug vermutlich um ein auswärtiges handelt, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Insassen geschäftlich oder privat etwas in diesem Bezirk zu erledigen hatten, da sie sonst wohl mit ihrem Fahrzeug eine schneefreie Straße passiert hätten.

Die in Frage kommenden Personen und auch andere, die zweckdienliche Angaben machen können, werden dringend gebeten, sich bei der Polizeistation in Halver oder bei jeder anderen Polizeidienststelle zu melden.



Ein eindrucksvoller Trauerzug bewegte sich gestern von Heerwiese zum Rahmeder Friedhof. Der Senior und das Ehrenmitglied des Reit- und Fahrvereins, der besondere Freund des edlen Pferdes, das Ehrenmitglied und der Mitbegründer des Männergesang-Vereins Orpheus, das langjährige Mitglied des Turn- und Sportvereins Grünewald, der Gast- und Landwirt Ferdinand S p e l s b e r g wurde zu Grabe getragen. Die Spitze des Zuges bildeten die Reiter, dann folgten die Vereine mit ihren Fahnen und hinter dem Leichenwagen neben den Angehörigen die vielen Bekannten und Freunde aus der Stadt und dem Amt Lüdenscheid. **Foto: Breitbach**

Grünenbaum

Veranstaltungen des TuS Grünenbaum

Am kommenden Sonntagnachmittag veranstaltet der TuS Grünenbaum 1895 e. V. im Vereinslokal eine außerordentliche Generalversammlung, der eine Vorstandssitzung vorausgeht. Näheres ist aus dem heutigen Anzeigenteil zu ersehen.

Bundesbahn-Verwaltungsrat reorganisiert

wl. Bonn, 11. März

Am Dienstag hat das Bundeskabinett endgültig über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Deutschen Bundesbahn entschieden. Dem Verwaltungsrat gehören je 5 Vertreter des Bundesrates, der Gesamtwirtschaft und der Gewerkschaften sowie sonstige Mitglieder an. Unter den Verwaltungsratsmitgliedern befinden sich u. a. die Bundestagsabgeordneten Dr. Wellhausen (FDP), Günther (CDU), Rademacher (FDP) sowie Bankdirektor Hermann. Der Verwaltungsrat tritt am 19. März zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und wählt dann den Vorstand. Damit hat die rechtliche Reorganisation der Bundesbahn ihren Abschluß gefunden.

Evakuierte beschweren sich

dpa. Köln, 11. März

Die Evakuierten in Nordrhein-Westfalen erwägen, sich im Frühjahr zu Trecks zusammenzuschließen, um endlich in ihre Heimatstädte zurückzukehren. Der Landesverband der Evakuierten von Nordrhein-Westfalen hat sich in einem Brief an den Regierungspräsidenten Dr. Warsch beschwert, daß rund 95 000 Flüchtlinge aus Schleswig-Holstein in die Städte des Landes umgesiedelt werden sollen. Dr. Warsch solle sich solange gegen eine Aufnahme der Heimatvertriebenen in die Städte seines Regierungsbezirkes wehren, bis der letzte Evakuierte wieder in seine Stadt zurückgekehrt sei. Man solle die Heimatvertriebenen in die durch eine Rückführung der Evakuierten freiwerdenden Wohnungen auf dem Lande einweisen. Dadurch würde gleichzeitig dem Landarbeitermangel abgeholfen.

Eisenhower in Bad Nauheim

dmt. Frankfurt, 11. März

Am Mittwoch werden General Eisenhower und sein Stabschef, General Gruenther, an der Besprechung der alliierten Offiziere teilnehmen, die in Bad Nauheim unter dem Vorsitz des französischen Generals Juin stattfindet. Hierbei sollen die Pläne für die ersten NATO-Manöver in Deutschland besprochen werden.

„Sternstunde der Marktwirtschaft?"

Heute Beratung über die Kohlepreis-Erhöhung — Drei Vorschläge

ex. Bonn, 11. März

Bei den Beratungen des Preisrates über die geplante Kohlepreiserhöhung geht es um folgende Vorschläge zur Preisgestaltung: Erhöhung um 12 DM je Tonne ohne oder 11 DM mit Einschluß des Hausbrandes laut dem Vorschlag der DKBL; Erhöhung um 9 bis 10 DM je Tonne unter Ausnahme des Hausbrandes nach dem Vorschlag einer Bonner Expertengruppe und schließlich Erhöhung um 4,50 DM je Tonne ohne oder 3,50 DM mit Einschluß des Hausbrandes nach der Auffassung starker Industriegruppen.

Die Befürworter eines hohen Preiszuschlages weisen auf die augenblickliche volks- und weltwirtschaftliche Situation, in der sie die „Sternstunde der Marktwirtschaft" sehen die neben der Reorganisation des Kapitalmarktes, neben der Freigabe der Stahl- und Schrottpreise auch die Auflockerung der Kohlenpreise gestatte, um damit die „letzte Sünde gegen die Marktwirtschaft" zu beseitigen.

Die Gegner eines hohen Preiszuschlages, als deren Exponent der ehemalige Rohstoffberater der Bundesregierung, Otto A. Friedrich gelten darf, weisen darauf hin, daß neben dem beobachteten Preisrückgang auch das in den Vereinigten Staaten feststellbare Absinken der Nachfrage in Betracht zu ziehen sei. Zumindest müsse man für diesen Sommer, was die Bundesrepublik betreffe, mit einer Verlangsamung des Aufstiegstempo rechnen und mit einer weit stärkeren Konkurrenz auf den Weltmärkten. Man solle nicht übersehen, daß bei allgemeinen Preisrückgängen auf dem Weltmarkt und bei einem allgemeinen Nachlassen des Kaufdranges auch die Seefrachten in Mitleidenschaft gezogen würden, deren Höhe den Preis der amerikanischen Kohle in Europa bestimme. Es sei anzunehmen, daß diese nach wie vor Abnehmer in Europa finden, auch in den Schumanplanländern. Der deutsche Kohlenpreis müsse diese in Zukunft mögliche Konkurrenz in Rechnung stellen.

Eltern sollen noch einmal befragt werden

Landtagsdebatte in sachlicher Atmosphäre —SPD warnt vor Vertiefung der Gegensätze

gk. Düsseldorf, 12. März

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen beriet gestern wieder über die strittigen Punkte des Landesschulgesetzes, die weltanschauliche Gliederung und den Religionsunterricht. Entgegen den Befürchtungen verlief die Diskussion in überaus ruhiger und sachlicher Atmosphäre. Alle Redner betonten ihre Verständigungsbereitschaft und gaben ihrem Wunsche Ausdruck, zu einem Uebereinkommen zu gelangen.

FDP und SPD forderten eine nochmalige Befragung der Eltern über den von ihnen gewünschten Charakter der Schule, die im Gesetz festgelegt werden soll. Die Sprecher der CDU und des Zentrums erklärten den vorliegenden Gesetzentwurf für wahrhaft demokratisch, freiheitlich und tolerant. Allein der Elternwille werde entscheiden, welche Schule von den Kindern besucht werden soll.

Der SPD-Abgeordnete Kühn warnte vor einer Vertiefung der Gegensätze in der Bevölkerung, die durch eine Aufspaltung des Schulwesens nach Konfessionen hervorgerufen werde. Auch die SPD wolle eine christliche Erziehung der Kinder, sie unterstütze nicht die Entkirchlichung des Menschen, sondern wolle nur die Verkirchlichung des Staates verhindern.

Auch der FDP-Abgeordnete Middelhauve setzte sich erneut für die Anerkennung der christlichen Gemeinschaftsschule ein. Der Landtag wird das Gesetz am Mittwoch in zweiter Lesung verabschieden.

RIAS gilt als Feindsender

dmt. Berlin, 11. März

Auf einer Pressekonferenz betonte der Propagandachef der Ostzone, Eisler, man werde unter keinen Umständen das Abhören „feindlicher Rundfunksender" dulden. Er nannte in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Berliner Sender RIAS und betonte, es ginge keineswegs an, daß Gäste in öffentlichen Lokalen den Wirt zu bestimmen suchten, Nachrichten des RIAS einzustellen.

Wieder Ausgangssperre in Tunis

dmt. Paris, 11. März

Nachdem in der letzten Nacht wieder ein Anschlag auf eine Polizeistation in Tunis verübt und die Hauptverwasserleitung in Bizerta von arabischen Terroristen gesprengt wurde, ist in der Stadt Tunis und großen Teilen des Landes von den französischen Behörden wieder die Ausgangssperre verhängt worden.

Die Sekretärin des ehemaligen Präsidenten des bayerischen Landesentschädigungsamtes, Auerbach, bleibt in Haft. Das Landgericht München hat ihre Haftbeschwerde abgewiesen.

Während der Elternbeiratswahlen in den Schulen der Sowjetzone sind in den vergangenen Monaten zu rund 75 Prozent christliche Kandidaten gewählt worden.

Staatssekretär Bleek antwortet dem DGB

Kein Ausnahmerecht für Arbeitnehmer des Oeffentlichen Dienstes

wl. Bonn, 11. März

Einen scharfen Angriff richtete der DGB gegen das von der Bundesregierung beschlossene Personalvertretungsgesetz, durch das die Vertretung der Beamten und Angestellten des Oeffentlichen Dienstes außerhalb des allgemeinen Betriebsverfassungsgesetzes geregelt werden soll. Der DGB wirft der Bundesregierung vor, sie wolle mit diesem Gesetz ein Ausnahmerecht für die Arbeitnehmer im Oeffentlichen Dienst schaffen und sie der Einflußnahme der Gewerkschaften entziehen. Der Bundesrat wurde vom DGB-Vorsitzenden aufgefordert, geschlossen gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung zu stimmen.

Staatssekretär Bleek vom Bundesinnenministerium wandte sich gegen die Auffassung des DGB und meinte, für die Beamten und Angestellten des Oeffentlichen Dienstes solle kein Ausnahmerecht, wohl aber ein anderes Recht geschaffen werden als für die übrigen Arbeitnehmergruppen. Der Protest des DGB gehe an der Tatsache vorbei, daß im Oeffentlichen Dienst die Mitbestimmung und Mitwirkung der Beschäftigten dort ihre Grenze finden müsse, wo die Verantwortlichkeit des Ministers gegenüber dem Parlament geschmälert werde. Wenn man durch die Mitbestimmung in der Privatwirtschaft eine Wirtschaftsdemokratie erreichen wolle, müsse man sich davor hüten, durch eine ähnliche Regelung im Oeffentlichen Dienst die parlamentarische Demokratie zu gefährden. Das Bundesinnenministerium sei deshalb bei der Festlegung der Vertretungsrechte der Angehörigen des Oeffentlichen Dienstes bewußt einen Mittelweg zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und denen des Beamtenbundes gegangen. Das Personalvertretungsgesetz sehe die Bildung von „Personalräten" in den Aemtern des Oeffentlichen Dienstes vor.

SPORT

Unser Sport-Kommentar:

Das Urteil von Dortmund

Der deutsche Berufsboxsport hat nach dem Kriege schon manches tolle Urteil erlebt und gerade Dortmund stand in den meisten Fällen im Brennpunkt der Debatten. Wir erinnern nur an die verunglückte Meisterschaft ten Hoff — Neuhaus, an den „K. o.-Skandal" nach Rux — Neuhaus und den verbitterten Ausspruch des am Ring ergrauten englischen Managers Ted Broadribb, der nach dem Unentschieden zwischen Neuhaus und Johnny Williams spontan in die Zuschauer rief: „Ich werde nie wieder nach Deutschland kommen mit meinen Fightern . . ."

Ganz auf dieser Linie ausgesprochen zweifelhafter Ringentscheidungen liegt nunmehr auch das immer noch überall diskutierte Urteil des französischen Ringrichters Robert Vaisberg, das einem Klasseboxer wie Karel Sys den Titel kostete und dem bärenstarken Dortmunder Himmelsstürmer Heinz Neuhaus den gleichen Gürtel schenkte. So sehr wir uns über diesen völlig überraschenden Erfolg als Deutsche auch freuen sollten, getrübt wird diese Freude durch die Art, wie das Glückskind Neuhaus zu diesem Titel kam.

Wer in Dortmund nicht seine erste Europameisterschaft sah, weiß zu gut, daß Karel Sys zu den wenigen ausgesprochenen Persönlichkeiten zählt, die Europas Schwergewichtler während der letzten 20 Jahre hervorbringen konnten. Der blonde Flame mit den breiten Schultern und dem schweren Kinn kam nach Dortmund, zwei Tage früher, als er vertraglich verpflichtet war, weil die Promoter Englert und Göttert nach dem „Veto" der EBU in Sorge gerieten. Schon vorher aber hatte Sys, als er in Ostende davon hörte, daß die EBU den Kampf nicht als Titelfight anerkennen wollte, ohne Zögern erklärt: „Ich verteidige in Dortmund meinen Titel unter EBU-Bedingungen. Und sollte Neuhaus mich schlagen, dann will ich nicht mehr Champion sein, selbst wenn die Behörde mich noch weiter anerkennt." Nach dieser klaren sportlichen Haltung eines wirklichen Klasse- und Intelligenzboxers muß man verstehen, daß er nach dem für die meisten Experten von Presse und Ring unverständlichen Urteil mit aller Bestimmtheit in seiner Kabine erklärte: „Auf diese Art kann man mir den Titel nicht nehmen, das ist Diebstahl! Ich bin nicht nach Dortmund gekommen, um unter allen Umständen zu gewinnen, aber der Bessere sollte siegen — und der war ich. Wenn ich also erkläre, daß ich nie wieder in Europa boxen werde, falls das Urteil nicht abgeändert wird, so sage ich das, weil ich ein zu feines Gefühl für Fairneß und sportliches Empfinden habe."

Zu dieser mehr als klaren Sprache kommt hinzu, daß die ausländischen Journalisten von Dortmund aus ihren Redaktionen durchgaben, das Urteil sei ein Skandal, man habe Karel Sys den Titel förmlich gestohlen. Eine solche Sprache aber kann dem deutschen Sport nicht einerlei sein. Die zarten Fäden internationaler Nachkriegsverbindungen geraten in Gefahr, wenn der deutsche Boxsport und seine Führung sich nicht ebenso von diesem Urteilsspruch distanzieren, wie es so akkreditierte Aktive wie Max Schmeling und Conny Rux unmittelbar nach dem Kampf taten. Eine solche Geste allein wäre dazu angetan, dieser Dortmunder Europameisterschaft jeden Schatten zu nehmen. Denn, was sagt es schon, daß dieses sportlich so sehr umstrittene Urteil von einem Franzosen ausgesprochen wurde, gefällt wurde es — in einem deutschen Ring.

A. G.

Williams der Gegner von Neuhaus?

In der Meisterschaft um den britischen und Empire-Schwergewichtstitel der Berufsboxer punktete der Herausforderer Johnny Williams den bisherigen Meister Jack Gardner in einem über 15 Runden angesetzten Kampf aus. Dem Sieger wurde durch die EBU das Recht auf einen Titelkampf um die Europameisterschaft mit Heinz Neuhaus zugesichert, der bis Mitte Juli ausgetragen werden muß. Der Kampf selbst befriedigte nicht, Gardner mußte viermal verwarnt werden. Das Urteil wurde mit geteilter Meinung aufgenommen.

Ein Gefangener in Werl setzte aus bisher ungeklärten Gründen in seiner Zelle den Strohsack seines Bettes in Brand. Das Feuer wurde bemerkt und gelöscht. Der Sträfling starb an Rauchvergiftung.

Franz Rössler, der falsche Bundestagsabgeordnete „Dr. Franz Richter", hat von 1945 bis 1946 im Saargebiet gelebt. Er hatte sich im Mai 1945 auf dem Limbacher Gemeindeamt als Studienrat Franz Rössler mit Frau, vier Kindern und einer Schwägerin angemeldet. Im April 1946 meldete er sich nach Braunschweig ab.

In der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen sind umfangreiche Metalldiebstähle aufgedeckt worden. Zwei Arbeiter, die seit mehr als 25 Jahren im Werk beschäftigt waren, haben dabei Wolfram und Molybdän im Werte von rund 70 000 Mark entwendet.

Die für den Donnerstag angesetzte Plenarsitzung des Bundestages ist wegen der am gleichen Tage stattfindenden Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Bundesminister Wildermuth abgesagt worden.

Heute abend entschlief plötzlich nach einem arbeitsreichen Leben infolge Schlaganfalles mein lieber Mann, unser Schwager, Onkel und Vetter, der

Bauer

Wilhelm Brocksieper

im Alter von 76 Jahren.

In tiefer Trauer:

Anna Brocksieper
verw. Streppel, geb. Reineck

Auf dem Heede (Post Anschlag), den 11. März 1952.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 14. März 1952, um 13.45 Uhr vom Trauerhause aus, statt.

Kranzspenden dankend verbeten.



Thompson sorgt für Glanz und Frische – Glanz durch Pilo jedem Schuh, jedem Boden durch Seifix. Frische jedem Wäscheschatz durch Thompsons rotes Waschpulver-Paket.

IN 3 TAGEN

Roller-Follies NEW YORK

Eine Rollschuh-Revue wie noch nie.
120 Teilnehmer *.* Rollschuh-Kunstlauf
U. a. Europameisterpaar Leemans/Collins, Englische Meisterin Terry Nolan, Europameister Lothar Müller, Frankfurt. Spezialauffläche für lautloses Laufen
Ab 15. März täglich
in der **WESTFALENHALLE** Dortmund



Lichtspiele Karlshöhe

Mittwoch 20 Uhr
Donnerstag 20 Uhr
James Cagney, Ann Sheridan in
Im Taumel der Weltstadt
Tempo – Spannung – Unterhaltung – Humor
Jugendfrei

Freitag 20 Uhr
Samstag 20 Uhr
Sonntag 14.30 Uhr
Der Verdammte der Insel
Das Schicksal eines von zügelloser Leidenschaft besessenen Mannes mit
Ralph Richardson
Trevor Howard
Richard Morley und Kerima
Ein preisgekrönter Meisterfilm
Wochenschau und Beiprogramm

Einige Karren
STALLDÜNGER
abzugeben.
Zu erfr. in der Geschäftsstelle des Allg. Anzeiger.

Schulreißzeuge
Wilh. Beil jr., Halver

WARNUNG!
Ich warne einen jeden meiner Tochter Irene Geld oder Ware auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme
Heinrich Brüninghaus
Halver, 12. März 1952

Die von mir veröffentlichte Anzeige war meinerseits ein Mißverständnis.
KARL SCHWARZ

Ausschneiden - Mitbringen!
Möbel ohne Anzahlung!
Auslieferung sofort
oder kostenlose Lagerung bis zur neuen Wohnung.
Polstermöbel bis 6 Mt. Kredit
Küchen „ 10 „ „
Wohnzimmer „ 10 „ „
Schlafzimmer „ 12 „ „
Lohn- oder Rentenbescheinigung mitbringen
Fordern Sie Katalog an
Möbelhaus
HÖRICH
LÜDENSCHEID
Schillerstraße 11 Telefon 4443
Seit 1885 bekannt als Möbeltischler!



Bekanntmachung

Erweiterung der Müllabfuhr

Gemäß Beschluß der Gemeindevertretung Halver vom 29. 2. 52 wird die Müllabfuhr auf folgende Straßen ausgedehnt:

Jahnstraße,
zum Hälversprung (mit Ausnahme Haus Waldfrieden),
Howarde (mit Ausnahme des Hofes Howarde),
Am Mühlengrund.

Die Abfuhr erfolgt ab 1. April 1952.
Halver, den 7. März 1952.

Der Amtsdirektor: gez. Lohoff

Einladung nur für Frauen

Jubelnde Begeisterung erweckt überall unsere interessante
Korsett-Modenschau
an lebenden Modellen
verbunden mit dem Vortrag über das Thema
„Wie erhalte ich meine gute Figur in gesunden und kranken Tagen"
Darüber spricht eine Fachkraft von Frau zu Frau am Freitag, 14. März 1952, um 16 und 20 Uhr im Hotel zur Post in Halver. Eintritt frei! Gratisverlosung eines Maßteiles.
Hebro-Maßkorsettfabrik
Francis Feyen, Altena i. Westf.

Turn- und Sportverein Grünenhaum 1895 e. V.

Außerordentliche
General-Versammlung
am Sonntag, dem 16. März 1952 um 16 Uhr im Vereinslokal.
Vorstandssitzung ½ Std. vorher.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand